

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommensteuer, Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung samt Protokoll (Kosovo), Fassung vom 22.02.2024**

### **Langtitel**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kosovo zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung samt Protokoll

StF: BGBl. III Nr. 2/2019 (NR: GP XXVI RV 258 AB 325 S. 43. BR: AB 10052 S. 885.)

### **Sonstige Textteile**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

### **Ratifikationstext**

Die Mitteilungen gemäß Art. 27 Abs. 1 des Abkommens wurden am 20. August bzw. 28. Dezember 2018 abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 27 Abs. 1 mit 28. Dezember 2018 in Kraft getreten.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

Die Republik Österreich und die Republik Kosovo,

von dem Wunsche geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

in der Absicht, ein Abkommen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen, ohne dadurch Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung zu schaffen (einschließlich missbräuchlicher Gestaltungen, mit denen die Entlastungen dieses Abkommens mittelbar Personen verschafft werden sollen, die in Drittstaaten ansässig sind)

haben Folgendes vereinbart:

### **Text**

#### **Artikel 1**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### **Artikel 2**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
  - i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer;
 (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet)
- b) in Kosovo:
  - i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer.
 (im Folgenden als „kosovarische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### **Artikel 3**

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
  - b) bedeutet der Ausdruck „Kosovo“ die Republik Kosovo, einschließlich aller Landgebiete, hinsichtlich derer sie nach dem Völkerrecht Hoheitsbefugnisse und souveräne Rechte für die Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen hat;
  - c) bedeuten die Ausdrücke „ein (Vertrags-)Staat“ und „der andere (Vertrags-)Staat“, je nach dem Abkommenszusammenhang, Österreich oder Kosovo;
  - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
  - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
  - g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  - h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
  - i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
    - i) in Bezug auf Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
    - ii) in Bezug auf Kosovo: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ in Bezug auf einen Vertragsstaat
    - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit dieses Vertragsstaats besitzt; und
    - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
  - k) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

### **Artikel 4**

#### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen

Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
  - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
  - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
  - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5

### BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

- (2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
  - b) eine Zweigniederlassung,
  - c) eine Geschäftsstelle,
  - d) eine Fabrikationsstätte,
  - e) eine Werkstätte und
  - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.
- (3) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst überdies:
- a) Eine Bauausführung, Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit, jedoch nur dann, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
  - b) die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratungsleistungen eines Unternehmens durch Arbeitnehmer oder anderes Personal, die dieses Unternehmen zu diesem Zweck beschäftigt, jedoch nur dann, wenn Tätigkeiten dieser Art (für dasselbe oder ein verbundenes Projekt) in einem Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten dauern, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
  - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
  - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
  - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
  - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben;
  - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben,

vorausgesetzt, dass eine solche Tätigkeit oder im Fall von lit. f die Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

## **Artikel 6**

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

## **Artikel 7**

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Dieser Artikel gilt auch für Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht. Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

### **Artikel 8**

#### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

### **Artikel 9**

#### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

### **Artikel 10**

#### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

- (2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer

darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

- b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 13

### GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen bezieht, deren Wert zu mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

## Artikel 14

### EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

#### **Artikel 15**

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

#### **Artikel 16**

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

#### **Artikel 17**

### **RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### **Artikel 18**

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
  - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.



(3) Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

### **Artikel 19**

#### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

### **Artikel 20**

#### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

### **Artikel 21**

#### **VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung**

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) Im Fall Österreichs:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Kosovo besteuert werden, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kosovo gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten österreichischen Steuer vom Einkommen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Kosovo besteuert werden dürfen, entfällt.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Kosovo eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Kosovo besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung aus.
- c) Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. b gilt nicht für Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, wenn Kosovo dieses Abkommen so anwendet, dass Kosovo diese Einkünfte von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 11 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) Im Fall Kosovos:

- a) Bezieht eine in Kosovo ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kosovo auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung

ermittelten kosovarischen Steuer vom Einkommen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, entfällt.

- b) Einkünfte einer in Kosovo ansässigen Person, die nach diesem Abkommen von der Besteuerung in Kosovo auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Kosovo bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

## Artikel 22

### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

- (6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

## Artikel 23

### VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 22 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Wenn

- a) eine Person der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats nach Absatz 1 einen Fall vorgelegt hat, weil die Maßnahmen eines oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung geführt haben, und
- b) die zuständigen Behörden sich innerhalb von zwei Jahren nach Vorlage des Falls bei der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erfolglos um eine Einigung zur Regelung des Falles nach Absatz 2 bemüht haben,

werden noch offene Fragen des Falls auf Antrag der Person einem Schiedsverfahren unterworfen. Diese noch offenen Fragen werden jedoch nicht einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn diesbezüglich bereits in einem der Staaten eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung ergangen ist. Der Schiedsspruch ist für beide Vertragsstaaten verbindlich und ungeachtet der Verjährungsfristen des innerstaatlichen Rechts dieser Staaten umzusetzen, es sei denn, eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person erkennt die den Schiedsspruch umsetzende Verständigungsregelung nicht an. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln durch Verständigung, wie dieser Absatz durchzuführen ist.

#### **Artikel 24**

##### **INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

#### **Artikel 25**

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

#### **Artikel 26**

### **VERHINDERUNG VON ABKOMMENSMISSBRAUCH**

Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für Einkünfte gewährt, wenn die maßgeblichen Gesamtumstände die Annahme rechtfertigen, dass die Erlangung dieser Vergünstigung einer der wesentlichen Zwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar diese Vergünstigung zur Folge hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens im Einklang steht.

#### **Artikel 27**

### **IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahren mit. Dieses Abkommen tritt am Tag des Erhalts der späteren Mitteilung in Kraft.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens finden Anwendung:

- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern für Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner gezahlt oder gutgeschrieben werden, der dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Abkommens folgt; und
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern auf für Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner beginnen, der dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Abkommens folgt.

#### **Artikel 28**

### **KÜNDIGUNG**

(1) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern für Beträge, die nach Ablauf des Kalenderjahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, in dem die Kündigung erfolgt ist, und
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern für Steuerjahre, die nach Ablauf des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 8. Juni 2018, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

### **PROTOKOLL**

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Kosovo abgeschlossen wurde, sind die

Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 5 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass eine Bauausführung, Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit gemäß lit. a) keine Betriebsstätte gemäß lit. b) sein kann.

2. Zu Artikel 2 Absatz 11:

Solange in einer Vereinbarung oder einem Abkommen zwischen Kosovo und einem dritten Staat Zinsen, die aus Kosovo stammen, von der Steuer befreit oder zu einem niedrigeren Satz besteuert werden, kommt diese Befreiung oder dieser niedrigere Satz automatisch zur Anwendung.

3. Zu Artikel 16 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

4. Zu Artikel 20 Absatz 3:

- a) Zu den Vergütungen im Sinne des Absatzes 3 gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.
- b) Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

5. Zu Artikel 24:

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 24 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).

6. Auslegung des Abkommens:

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar – der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann – stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 8. Juni 2018, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2019

Ausgegeben am 16. Jänner 2019

Teil III

---

**2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kosovo zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung samt Protokoll**  
(NR: GP XXVI RV 258 AB 325 S. 43. BR: AB 10052 S. 885.)

---

### 2.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kosovo zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung samt Protokoll**

[Vertragstext in deutscher Sprache, siehe Anlagen]

[Vertragstext in albanischer Sprache, siehe Anlagen]

[Vertragstext in englischer Sprache, siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 27 Abs. 1 des Abkommens wurden am 20. August bzw. 28. Dezember 2018 abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 27 Abs. 1 mit 28. Dezember 2018 in Kraft getreten.

**Kurz**

**ABKOMMEN****ZWISCHEN****DER REPUBLIK ÖSTERREICH****UND****DER REPUBLIK KOSOVO****ZUR BESEITIGUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER  
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ZUR VERHINDERUNG DER  
STEUERVERKÜRZUNG UND -UMGEHUNG**

Die Republik Österreich und die Republik Kosovo,

von dem Wunsche geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

in der Absicht, ein Abkommen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen, ohne dadurch Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung zu schaffen (einschließlich missbräuchlicher Gestaltungen, mit denen die Entlastungen dieses Abkommens mittelbar Personen verschafft werden sollen, die in Drittstaaten ansässig sind)

haben Folgendes vereinbart:



## **Artikel 1**

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

## **Artikel 2**

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;  
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet)

b) in Kosovo:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer.  
(im Folgenden als „kosovarische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

## **Artikel 3**

### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;

- b) bedeutet der Ausdruck „Kosovo“ die Republik Kosovo, einschließlich aller Landgebiete, hinsichtlich derer sie nach dem Völkerrecht Hoheitsbefugnisse und souveräne Rechte für die Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen hat;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein (Vertrags-)Staat“ und „der andere (Vertrags-)Staat“, je nach dem Abkommenszusammenhang, Österreich oder Kosovo;
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - i) in Bezug auf Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - ii) in Bezug auf Kosovo: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ in Bezug auf einen Vertragsstaat
  - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit dieses Vertragsstaats besitzt; und
  - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- k) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

## Artikel 4

### ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5

### BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,

- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst überdies:

- a) Eine Bauausführung, Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit, jedoch nur dann, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
- b) die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratungsleistungen eines Unternehmens durch Arbeitnehmer oder anderes Personal, die dieses Unternehmen zu diesem Zweck beschäftigt, jedoch nur dann, wenn Tätigkeiten dieser Art (für dasselbe oder ein verbundenes Projekt) in einem Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten dauern, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben,

vorausgesetzt, dass eine solche Tätigkeit oder im Fall von lit. f die Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die,

würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## **Artikel 6**

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

## **Artikel 7**

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen

Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Dieser Artikel gilt auch für Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht. Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

## **Artikel 8**

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## Artikel 9

### VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

- (2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.
- b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese

Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## **Artikel 11**

### **ZINSEN**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.



(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## **Artikel 12**

### **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 13

### GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen bezieht, deren Wert zu mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

## Artikel 14

### EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

## **Artikel 15**

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## **Artikel 16**

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

## **Artikel 17**

### **RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## **Artikel 18**

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

## **Artikel 19**

### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

## **Artikel 20**

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

## Artikel 21

### VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) Im Fall Österreichs:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Kosovo besteuert werden, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kosovo gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten österreichischen Steuer vom Einkommen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Kosovo besteuert werden dürfen, entfällt.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Kosovo eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Kosovo besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung aus.
- c) Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. b gilt nicht für Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, wenn Kosovo dieses Abkommen so anwendet, dass Kosovo diese Einkünfte von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 11 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) Im Fall Kosovos:

- a) Bezieht eine in Kosovo ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kosovo auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten kosovarischen Steuer vom Einkommen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, entfällt.
- b) Einkünfte einer in Kosovo ansässigen Person, die nach diesem Abkommen von der Besteuerung in Kosovo auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Kosovo bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

## Artikel 22

### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

## Artikel 23

### VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 22 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Wenn

- a) eine Person der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats nach Absatz 1 einen Fall vorgelegt hat, weil die Maßnahmen eines oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung geführt haben, und
- b) die zuständigen Behörden sich innerhalb von zwei Jahren nach Vorlage des Falls bei der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erfolglos um eine Einigung zur Regelung des Falles nach Absatz 2 bemüht haben,

werden noch offene Fragen des Falls auf Antrag der Person einem Schiedsverfahren unterworfen. Diese noch offenen Fragen werden jedoch nicht einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn diesbezüglich bereits in einem der Staaten eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung ergangen ist. Der Schiedsspruch ist für beide Vertragsstaaten verbindlich und ungeachtet der Verjährungsfristen des innerstaatlichen Rechts dieser Staaten umzusetzen, es sei denn, eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person erkennt die den Schiedsspruch umsetzende Verständigungsregelung nicht an. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln durch Verständigung, wie dieser Absatz durchzuführen ist.



## Artikel 24

### INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

## **Artikel 25**

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## **Artikel 26**

### **VERHINDERUNG VON ABKOMMENSMISSBRAUCH**

Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für Einkünfte gewährt, wenn die maßgeblichen Gesamtumstände die Annahme rechtfertigen, dass die Erlangung dieser Vergünstigung einer der wesentlichen Zwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar diese Vergünstigung zur Folge hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens im Einklang steht.

## **Artikel 27**

### **IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahren mit. Dieses Abkommen tritt am Tag des Erhalts der späteren Mitteilung in Kraft.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens finden Anwendung:

- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern für Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner gezahlt oder gutgeschrieben werden, der dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Abkommens folgt; und
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern auf für Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner beginnen, der dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Abkommens folgt.

## Artikel 28

### KÜNDIGUNG

(1) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern für Beträge, die nach Ablauf des Kalenderjahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, in dem die Kündigung erfolgt ist, und
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern für Steuerjahre, die nach Ablauf des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 8. Juni 2018, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

**Für die Republik Österreich:**

Hartwig Löger

**Für die Republik Kosovo:**

Bedri Hamza

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Kosovo abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

### 1. Zu Artikel 5 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass eine Bauausführung, Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit gemäß lit. a) keine Betriebsstätte gemäß lit. b) sein kann.

### 2. Zu Artikel 2 Absatz 11:

Solange in einer Vereinbarung oder einem Abkommen zwischen Kosovo und einem dritten Staat Zinsen, die aus Kosovo stammen, von der Steuer befreit oder zu einem niedrigeren Satz besteuert werden, kommt diese Befreiung oder dieser niedrigere Satz automatisch zur Anwendung.

### 3. Zu Artikel 16 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

### 4. Zu Artikel 20 Absatz 3:

- a) Zu den Vergütungen im Sinne des Absatzes 3 gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.
- b) Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

### 5. Zu Artikel 24:

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;

d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;

e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 24 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen (“fishing expeditions”).

#### 6. Auslegung des Abkommens:

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar – der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann – stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 8. Juni 2018, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

**Für die Republik Österreich:**

Hartwig Löger

**Für die Republik Kosovo:**

Bedri Hamza

**MARRËVESHJA**  
**NDËRMJET**  
**REPUBLIKËS SË AUSTRISË**  
**DHE**  
**REPUBLIKËS SË KOSOVËS**  
**PËR ELIMINIMIN E TATIMIT TË DYFISHTË TË TATIMEVE NË TË ARDHURA**  
**DHE PARANDALIMIN E EVAZIONIT DHE SHMANGIES FISKALE**

Republika e Austrisë dhe Republika e Kosovës,

Duke dëshiruar të zhvillojnë më tej marrëdhëniet e tyre ekonomike dhe të rritin bashkëpunimin e tyre në çështjet e tatimeve.

Me qëllim për të lidhur një Marrëveshje për eliminimin e tatimit të dyfishtë të tatimeve mbi të ardhurat, pa krijuar mundësi për mos-tatim apo tatim të reduktuar nëpërmjet evazionit apo shmangies tatimore (duke i përfshirë marrëveshjet përmes ‘treaty-shopping’ që kanë për qëllim sigurimin e lehtësirave të parashikuara në këtë Marrëveshje për përfitimet e tërthorta të rezidentëve të shteteve të treta)

janë pajtuar si në vijim:

## Neni 1

### **PERSONAT E PËRFSHIRË**

Kjo Marrëveshje zbatohet për personat të cilët janë rezidentë të një ose të dy shteteve kontraktuese.

## Neni 2

### **TATIMET E PËRFSHIRA**

- (1) Kjo marrëveshje vlen për tatimet mbi të hyrat e ngarkuara në emër të një shteti kontraktues ose autoriteteve të tija politike apo lokale, pavarësisht mënyrës së inkasimit.
- (2) Me tatimet mbi të hyrat nënkuptohen të gjitha tatimet që grumbullohen nga të hyrat e përgjithshme ose të pjesshme, përfshirë edhe tatimin në fitim si rrjedhojë e tjetërsimit të pasurisë së luajtshme ose të paluajtshme, tatimin mbi pagën si dhe tatimin mbi vlerësimin e kapitalit.
- (3) Tatimet ekzistuese ndaj të cilave zbatohet marrëveshja janë në veçanti:
  - a) në Austri:
    - i. tatimi mbi të ardhurat;
    - ii. tatimi mbi të ardhurat e korporatave;  
(Në vijim do t'i referohemi si "tatimi në Austri")
  - b) në Kosovë:
    - i. tatimi mbi të ardhurat personale;
    - ii. tatimi mbi të ardhurat e korporatave.  
(Në vijim do t'i referohemi si "tatimi në Kosovë").
- (4) Marrëveshja do të zbatohet gjithashtu ndaj çdo tatimi të njëjtë ose thelbësisht të ngjashme të cilat janë vendosur pas datës së hyrjes në fuqi të marrëveshjes, si shtesë apo në vend të tatimeve ekzistuese. Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të njoftojnë njëri-tjetrin për çdo ndryshim të rëndësishëm që është bërë në ligjet e tyre tatimore.

### Neni 3

#### PËRKUFIZIME TË PËRGJITHSHME

- (1) Për qëllimet e kësaj Marrëveshje, nëse konteksti nuk e kërkon ndryshe,
- a) termi “Austri” nënkupton Republikën e Austrisë;
  - b) termi “Kosovë” nënkupton Republikën e Kosovës, përfshirë të gjithë territorin tokësor, mbi të cilin ajo ka juridiksion ose të drejta sovrane me qëllim të eksplorimit, shfrytëzimit dhe ruajtjen e burimeve natyrore në pajtim me të drejtën ndërkombëtare;
  - c) termat "shteti (kontraktues)" dhe "shteti tjetër (kontraktues)" nënkuptojnë Austrinë apo Kosovën varësisht nga kuptimi;
  - d) termi “person” përfshin një individ, një kompani dhe çdo organ tjetër personash;
  - e) termi “kompani” nënkupton çdo organ korporativ ose çdo entitet që trajtohet si organ korporativ për qëllime tatimore;
  - f) termi "ndërmarrje" nënkupton ushtrimin e çfarëdo lloj veprimtarie;
  - g) termi “ndërmarrje e një Shteti Kontraktues” dhe “ndërmarrje e Shtetit tjetër Kontraktues” nënkupton respektivisht një ndërmarrje e drejtuar nga një rezident i një Shteti Kontraktues dhe një ndërmarrje e drejtuar nga një rezident i Shtetit tjetër Kontraktues;
  - h) termi “trafik ndërkombëtarë” nënkupton çdo transport me anije ose aeroplan, që drejtohet nga një ndërmarrje që ka vendin e vet të menaxhimit efektiv në një Shtet Kontraktues, përveç kur anija ose avioni vepron vetëm ndërmjet vendeve në Shtetin tjetër Kontraktues;
  - i) termi “autoritet kompetent” nënkupton
    - i) në rastin e Austrisë: Ministrin Federal të Financave ose përfaqësuesin e tij/saj të autorizuar;
    - ii) në rastin e Kosovës: Ministri i Financave ose përfaqësuesi i tij/i saj i autorizuar;
  - j) termi "shtetas" në lidhje me një Shtet Kontraktues nënkupton:
    - i) çdo individ që zotëron nënshtetësinë ose shtetësinë të atij Shteti Kontraktues; dhe
    - ii) çdo person juridik, ortakëri ose shoqatë që gëzon statusin si të tillë nga ligjet në fuqi në një Shtet Kontraktues;



k)Termi „aktivitet biznesor“ ngërthen në vete ushtrimin e aktiviteteve profesionale dhe aktiviteteve të tjera me karakter të pavarur.

- (2) Sa i përket zbatimit të Marrëveshjes në çdo kohë nga një Shtet Kontraktues, çdo term i pa përcaktuar këtu, përveç kur konteksti e kërkon ndryshe, ka kuptimin që ka pasur në atë kohë sipas ligjit të atij Shteti për qëllimet e tatimeve për të cilat zbatohet Marrëveshja, çdo kuptim sipas ligjeve të zbatueshme tatimore të atij Shteti mbizotëron mbi kuptimin që i jepet termi në ligje të tjera të atij Shteti.

## Neni 4

### REZIDENTI

- (1) Për qëllime të kësaj Marrëveshje, termi “rezident i një Shteti Kontraktues” nënkupton çdo person, i cili sipas ligjeve të atij Shteti u nënshtrohet tatimeve përkatëse për shkak të vendbanimit, rezidencës, vendit të menaxhimit, ose çdo kriteri tjetër të një natyre të ngjashme dhe gjithashtu përfshin atë shtet dhe çdo nënndarje politike apo autoritet lokal atje. Megjithatë, ky term nuk përfshin asnjë person që i nënshtrohet tatimit në atë Shtet në lidhje me të ardhurat nga burimet në atë shtet.
- (2) Kur për shkak të dispozitave të paragrafit 1, një individ është rezident në të dyja Shtetet Kontraktuese, atëherë statusi i tij do të përcaktohet si vijon:
- a) Personi do të konsiderohet rezident vetëm në atë Shtet, në të cilin ka një vendbanim të përhershëm në shfrytëzim të tij; nëse ai ka një vendbanim të përhershëm në shfrytëzim të tij në të dyja shtetet Kontraktuese, ai konsiderohet të jetë rezident vetëm i Shtetit me të cilin interesat e tij personale dhe ekonomike janë të lidhura më ngushtë (qendra e interesave jetike);
  - b) nëse Shteti në të cilin ai ka qendrën e interesave të tij jetike nuk mund të përcaktohet ose nëse nuk ka një vendbanim të përhershëm në shfrytëzim të tij në asnjë shtet Kontraktues, ai do të konsiderohet të jetë rezident vetëm i Shtetit në të cilin qëndron zakonisht;
  - c) nëse ai qëndron zakonisht në të dyja shtetet ose në asnjërin prej tyre, ai do të konsiderohet të jetë rezident vetëm i Shtetit, shtetas i të cilit është;
  - d) nëse ai është shtetas i të dy shteteve ose i asnjërit prej tyre, autoritetet kompetente të shteteve Kontraktuese do të zgjidhin çështjen me anë të marrëveshjes reciproke.
- (3) Kur për shkak të dispozitave të paragrafit 1, një person përveç individit, është rezident i të dyja shteteve Kontraktuese, atëherë ai do të konsiderohet rezident vetëm i Shtetit në të cilin ndodhet vendi i menaxhimit efektiv.

## Neni 5

### NJËSIA E PËRHERSHME

- (1) Për qëllimet e kësaj marrëveshjeje, termi “njësi e përhershme” nënkupton një vend fiks biznesi, nëpërmjet të cilit ushtrohet tërësisht ose pjesërisht biznesi i një ndërmarrjeje.
- (2) Termi “njësi e përhershme” përfshin, në veçanti:
  - a) një vend menaxhimi,
  - b) një degë,
  - c) një zyrë,
  - d) një fabrikë,
  - e) një punishte dhe
  - f) një minierë, një pus naftë ose gazi, një gurore ose një vend tjetër i nxjerrjes së burimeve natyrore.
- (3) Termi “njësi e përhershme” po ashtu përfshinë:
  - a) një vend ndërtimi, një projekt ndërtimi, montimi ose aktivitete lidhur me punën e monitorimit, por vetëm nëse ato zgjasin më shumë se dymbëdhjetë muaj.
  - b) ofrimi i shërbimeve, duke përfshirë shërbimet e konsulencës, nga një ndërmarrje nëpërmjet punonjësve ose personelit tjetër të angazhuar nga ndërmarrja për këtë qëllim, por vetëm nëse aktivitetet e asaj natyre vazhdojnë (për të njëjtin ose një projekt të lidhur) brenda një Shteti Kontraktues për një periudhë në total me më shumë se 183 ditë në çdo periudhë 12-mujore që fillon ose përfundon në vitin përkatës fiskal.
- (4) Pavarësisht nga dispozitat e mësipërme të këtij Neni, me “njësi të përhershme” nuk nënkupton:
  - a) përdorimin e ambienteve vetëm për qëllime magazinimi, ekspozimi ose shpërndarjeje të lëndës së parë dhe produkteve finale të ndërmarrjes;
  - b) mbajtjen në stok të lëndës së parë dhe produkteve finale të ndërmarrjes, vetëm për qëllime magazinimi, ekspozimi ose shpërndarjeje;
  - c) mbajtjen në stok të lëndës së parë ose produkteve finale të ndërmarrjes, vetëm për qëllime të përpunimit dhe finalizimit të produktit nga një ndërmarrje tjetër;
  - d) Objektin fizik të ndërmarrjes i cili si aktivitet biznesor të vetëm ka blerjen e lëndës së parë apo produkteve finale, ose të mbledhjes së informacioneve për ndërmarrjen;

- e) Objektin fizik të ndërmarrjes i cili si detyrë të vetme ka kryerjen e aktiviteteve të tjera për ndërmarrjen;
- f) Objektin fizik të ndërmarrjes i cili si detyrë të vetme ka kryerjen e disa aktiviteteve të përmendura në paragrafët a) deri në e),

me kusht që një veprimtari e tillë ose, në rastin të paragrafit f), veprimtaria e përgjithshme e objektit fizik të ndërmarrjes, është me karakter përgatitor ose ndihmës.

- (5) Pavarësisht nga dispozitat e paragrafëve 1 dhe 2, kur një person, i ndryshëm nga një agjent me status të pavarur për të cilin zbatohet paragrafi 6, vepron në emër të një ndërmarrjeje dhe ka në shtetin Kontraktues autorizim për të lidhur kontrata në emër të ndërmarrjes dhe zakonisht vepron me atë autorizim, ajo ndërmarrje konsiderohet të ketë një njësi të përhershme në atë shtet për çdo aktivitet që ai person ndërmerr për ndërmarrjen, përveç kur aktivitetet e atij personi janë të kufizuara në ato që përmenden në paragrafin 4, të cilat, nëse ushtrohen nëpërmjet një objekti fizik të ndërmarrjes, nuk do ta bënin këtë objekt fizik të ndërmarrjes njësi të përhershme sipas dispozitave të atij paragrafi.
- (6) Një ndërmarrje e një Shteti Kontraktues nuk konsiderohet të ketë njësi të përhershme në një Shtet Kontraktues vetëm ngaqë zhvillon biznesin në atë shtet nëpërmjet një ndërmjetësi, agjenti komisionar të përgjithshëm ose çdo agjenti tjetër me status të pavarur, me kusht që ata persona të veprojnë në rrjedhën e zakonshme të biznesit të tyre.
- (7) Fakti që një kompani, e cila është rezidente e një Shteti Kontraktues kontrollon ose kontrollohet nga një kompani, e cila është rezidente e Shtetit tjetër Kontraktues ose që zhvillon biznes në atë shtet tjetër (qoftë nëpërmjet një njësie të përhershme ose ndryshe), nuk përbën në vetvete arsye të mjaftueshme për ta konsideruar një të kompani njësi të përhershme të kompanisë tjetër.

## Neni 6

### TË ARDHURAT NGA PASURIA E PALUAJTSHME

- (1) Të ardhurat që realizohen nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga pasuritë e paluajtshme (duke përfshirë të ardhurat nga bujqësia ose pylltaria), që gjenden në Shtetin tjetër Kontraktues, mund të taten në atë shtet tjetër Kontraktues.
- (2) Termi “pasuri e paluajtshme” do të ketë kuptimin sipas ligjit të Shtetit Kontraktues në të cilin ndodhet pasuria në fjalë. Në çdo rast, termi do të përfshijë pajisjet ndihmëse të pasurisë së paluajtshme, bagëtinë dhe inventarin fizik të ndërmarrjeve agro-ekonomike dhe pylltarisë, të drejtat për të cilat zbatohen dispozitat e legjislacionit të përgjithshëm në lidhje me tokën, e drejta e përdorimit të pasurisë së paluajtshme dhe të drejtat për pagesa të ndryshueshme ose fikse për shfrytëzim, ose të drejtën për shfrytëzimin e burimeve minerale, burimeve dhe pasuritë e tjera natyrore; anijet dhe aeroplanët nuk konsiderohen si pasuri të paluajtshme.
- (3) Dispozitat e paragrafit 1 zbatohen për të ardhurat që rrjedhin nga përdorimi i drejtpërdrejtë, dhënia me qira ose dhënia në shfrytëzim, si dhe përdorimi i çdo forme tjetër të pasurisë së paluajtshme.
- (4) Dispozitat e paragrafëve 1 dhe 3 do të zbatohen, gjithashtu, për të ardhurat nga pasuria e paluajtshme e një ndërmarrjeje.

## Neni 7

### FITIMET NGA BIZNESI

- (1) Fitimet e një ndërmarrjeje të një Shteti Kontraktues do të taten vetëm në atë shtet, përveç kur ndërmarrja zhvillon biznes në Shtetin tjetër Kontraktues nëpërmjet një njësie të përhershme të vendosur atje. Nëse ndërmarrja zhvillon biznes si më sipër, fitimet e ndërmarrjes mund të taten në shtetin tjetër por vetëm në shumën sa i takon asaj njësie të përhershme.
- (2) , kur një ndërmarrje e një Shteti Kontraktues ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues nëpërmjet një njësie të përhershme të vendosur aty, atëherë varësisht prej dispozitave të paragrafit 3 fitimet të cilat mund të priten të realizohen duhen t'i atribuohen njësisë së përhershme në çdo shtet kontraktues, sikur të ishte një ndërmarrje e pavarur duke ushtruar biznes në një shtet tjetër ose të përafërt në rrethana të njejta apo të përafërta dhe në raport me ndërmarrjen, njësi e së cilës është, do të ishte plotësisht e pavarur.
- (3) Në përcaktimin e fitimeve të një njësie të përhershme, shpenzimet të cilat janë shkaktuar do të lejohen si zbritje për qëllimet e njësisë së përhershme, duke përfshirë shpenzimet ekzekutive dhe të përgjithshme administrative, të bëra qoftë në shtetin ku ndodhet njësia e përhershme ose gjetiu.

- (4) Për aq sa është e zakonshme në një shtet kontraktues të përcaktoj fitimet që i atribuohen një njësie të përhershme mbi bazën e ndarjes së fitimeve totale të ndërmarrjes në pjesët e saj të ndryshme, paragrafi 2 nuk e përjashton që ky shtet kontraktues të përcaktoj fitimin që duhet tatur sipas ndarjes së zakonshme; mënyra e ndarjes së fitimit duhet të jetë e tillë, që rezultati të jetë në harmoni me parimet e këtij neni.
- (5) Vetëm për mes blerjes së lëndës së parë apo produkteve finale për ndërmarrjen nuk i atribuohet asnjë fitim njësisë të përhershme.
- (6) Duke aplikuar paragrafët e lartpërmendura, fitimet që i atribuohen njësisë së përhershme, duhet të llogariten në të njëjtën mënyrë çdo vit, vetëm nëse ka arsye të mjaftueshme për të vepruar ndryshe.
- (7) Në rast se fitimet krijohen nga të ardhura të cilat trajtohen ndaras në nene tjera të kësaj marrëveshje, atëherë dispozitat e këtyre neneve nuk do të ndikohen nga dispozitat e këtij neni.
- (8) Ky nen zbatohet gjithashtu për të ardhurat e krijuara nga një rezident i një shteti kontraktues për ushtrimin e aktiviteteve profesionale dhe aktiviteteve të tjera me karakter të pavarur. Termi "punë e pavarur" përfshin aktivitete të pavarura shkencore, letrare, artistike, edukative ose mësimore, si dhe aktivitete të pavarura të mjekëve, avokatëve, inxhinierëve, arkitektëve, dentistëve dhe kontabilistëve.

## Neni 8

### TRANSPORTI UJOR DHE AJROR

- (1) Fitimet nga veprimtaria e transportit ujor dhe ajror në trafikun ndërkombëtar do të jenë të tatueshme vetëm në shtetin kontraktues ku është i vendosur vendi i menaxhimit efektiv i ndërmarrjes.
- (2) Nëse vendi i menaxhimit efektiv i një ndërmarrjeje të transportit ujor është në bordin e një anijeje, atëherë ai do të konsiderohet i vendosur në shtetin kontraktues në të cilin ndodhet porti i anijes, ose, nëse nuk ka një port të tillë vendas në shtetin kontraktues, atëherë vlen shteti kontraktues në të cilin është rezident personi i cili operon me anijen.
- (3) Dispozitat e paragrafit 1 do të zbatohen gjithashtu për fitimet nga pjesëmarrja në një fond grupor- (pool), një biznes i përbashkët apo një njësie të përhershme ndërkombëtare.

## Neni 9

### NDËRMARRJET E LIDHURA

#### (1) Kur

- a) një ndërmarrje e një shteti kontraktues merr pjesë në mënyrë të drejtpërdrejtë ose në mënyrë të tërthortë në menaxhimin, kontrollin ose kapitalin e një ndërmarrjeje të shtetit tjetër kontraktues ose
- b) të njëjtët persona marrin pjesë në mënyrë të drejtpërdrejtë ose në mënyrë të tërthortë në menaxhimin, kontrollin ose kapitalin e një ndërmarrjeje të një shteti kontraktues dhe një ndërmarrjeje të shtetit tjetër kontraktues

dhe kur në të dyja rastet, të dy ndërmarrjet kanë vendosur kushte obligative në raport me marrëdhëniet e tyre tregtare ose financiare, të cilat ndryshojnë nga ato që do të vendoseshin ndërmjet ndërmarrjeve të pavarura, fitimet që një ndërmarrje do të krijonte pa këto kushte, por e cila nuk i ka krijuar për shkak të këtyre kushteve, atëherë këto do ti atribuohen fitimeve të kësaj ndërmarrjeje dhe rrjedhimisht taten në përputhje me rrethanat.

- (2) Kur një shtet kontraktues përfshin në fitimet e një ndërmarrjeje të atij shteti - dhe i taton rrjedhimisht - fitimet për të cilat një ndërmarrje e shtetit tjetër kontraktues është tatuar në atë shtet tjetër dhe fitimet e përfshira në këtë mënyrë janë fitime të cilat do t'i ishin shtuar ndërmarrjes së shtetit të përmendur në fillim, nëse kushtet e vendosura midis dy ndërmarrjeve do të kishin qenë ato që do të ishin vendosur midis ndërmarrjeve të pavarura, atëherë shteti tjetër do të bëjë një rregullim të përshtatshëm ndaj shumës së tatimeve të vendosura në shumën e tatimit të ngarkuar mbi ato fitime. Në përcaktimin e këtij rregullimi do ti kushtohet vëmendje dispozitave të tjera të kësaj marrëveshjeje dhe autoritetet kompetente të shteteve Kontraktuese, sipas rastit, do të konsultohen me njëri-tjetrin.

## Neni 10

### DIVIDENDËT

- (1) Dividendët që një kompani që është rezidente një shteti kontraktues i paguan një personi i cili është rezident i një shteti tjetër kontraktues, atëherë ato mund të taten në shtetin tjetër.
- (2) a) Megjithatë, këto dividenda mund të taten gjithashtu në shtetin kontraktues, ku kompania paguese e dividendëve është rezidente dhe në përputhje me ligjet e këtij shteti, por nëse përfituesi ligjor i dividendëve është rezident i shtetit tjetër kontraktues, tatimi i ngarkuar nuk do të tejkaloj 15 përqind të shumës bruto të dividendëve.  
  
b) Nëse përfituesi ligjor është një kompani (por jo një ortakëri) që posedon të paktën 25 përqind të kapitalit të kompanisë që paguan dividendët, atëherë këto dividendë mund të taten vetëm në shtetin kontraktues, në të cilin përfituesi ligjor i dividendëve është rezident.

Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të vendosin me marrëveshje reciproke mënyrën e aplikimit të kufizimeve. Ky paragraf nuk do të ndikojë në tatimin e kompanisë në lidhje me fitimet nga të cilat paguhen dividendët.

- (3) Termi "dividendë", siç përdoret në këtë nen nënkupton të ardhurat nga aksionet, letrat me vlerë aksionet e minierave, aksionet e themeluesve ose të drejta të tjera, që nuk janë kërkesa, me pjesëmarrje në fitim, si dhe të ardhura që i nënshtrohen të njëjtit trajtim tatimor si të ardhurat nga aksionet sipas ligjeve të shtetit ku kompania që bën shpërndarjen e të ardhurave është rezidente.
- (4) Dispozitat e paragrafëve 1 dhe 2 nuk do të zbatohen nëse përfituesi ligjor i dividendëve, duke qenë rezident i një shteti kontraktues, ushtron biznes në shtetin tjetër kontraktues, për të cilin kompania paguese e dividendëve është rezidente nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty dhe ndërmarrjes aksionare për të cilën paguhen dividendët është efektivisht e lidhur me këtë seli të përhershme. Në këtë rast zbatohen dispozitat e nenit 7.
- (5) Kur një kompani që është rezidente e një shteti kontraktues realizon fitime ose të ardhura nga shteti tjetër kontraktues, shteti tjetër nuk mund të vendosë ndonjë tatim mbi dividendët e paguar nga kompania, përveç nëse këto dividendë i paguhen një personi rezident i një shteti tjetër ose pjesa për të cilën janë paguar dividendët i takon me të vërtet një njësi të përhershme rezidente në një shtet tjetër, si dhe nuk mund Shteti tjetër as nuk mund të tatoj fitimet e pashpërndara të kompanisë, edhe nëse dividendët e paguara ose fitimet e pashpërndara përbëhen tërësisht ose pjesërisht nga fitime ose të ardhura të realizuara në shtetin tjetër.

## Neni 11

### INTERESI

- (1) Interesi që krijohet në një shtet kontraktues dhe i paguhet një rezidenti të shtetit tjetër kontraktues mund të tatohet vetëm në atë shtet tjetër.
- (2) Megjithatë, ky interes që krijohet në një shtet kontraktues mund të tatohet në shtetin kontraktues ku ato krijohen dhe në përputhje me ligin e atij shteti, por nëse përfituesi ligjor i interesit është rezident i shtetit tjetër kontraktues, tatimi i ngarkuar nuk do të kalojë 10 përqind të shumës bruto të interesit. Autoritetet kompetente të shteteve kontraktuese do të vendosin me marrëveshje të përbashkët mënyrën e zbatimit të këtij kufizimi.
- (3) Termi "interes" në kuptimin e përdorur në këtë nen nënkupton të ardhurat nga kërkesat e borxhit të çdo lloji, edhe nëse kërkesat janë siguruar nga hipoteka e tokave, ose me pjesëmarrje në fitimin e debitorit, dhe në veçanti të ardhurat nga letrat shtetërore me vlerë dhe të ardhurat nga obligimet , përfshirë primet dhe shpërblimet që rrjedhin nga fitimet nga dëftesat e borxhit.  
Gjobat për pagesa të vonuara nuk konsiderohen si interes në kuptim të këtij neni.
- (4) Dispozitat e paragrafit 1 dhe 2 nuk zbatohen nëse përfituesi ligjor është rezident i një shteti kontraktues dhe përmes një njësie të përhershme ushtron biznes në shtetin tjetër kontraktues , nga i cili rrjedh interesi, dhe borxhi për të cilin duhet paguar interesi i përkasin më të vërtet kësaj njësie të përhershme. Në këtë rast, zbatohen dispozitat e nenit 7.
- (5) Interesi konsiderohet se është krijuar në një Shtet Kontraktues kur debitori është rezident i atij shteti. Megjithatë, kur debitori i interesit , qoftë ai rezident i një shteti kontraktues apo jo, ka në një shtet kontraktues një njësi të përhershme, e cila ka krijuar borxh për të cilën paguhet interesi, dhe ky interes krijohet nga kjo njësi e përhershme ose një objekt fizik dhe po e njëjta e mbulon interesin, atëherë ky interes do të konsiderohet se është krijuar në shtetin në të cilin ndodhet njësia e përhershme.
- (6) Në rast se në mes debitorit dhe përfituesit ligjor ose në mes secilit prej tyre dhe një pale të tretë ekzistojnë marrëdhënie të veçanta dhe për këtë arsye interesi tejkalon shumën, krahasuar me borxhin themelor, për të cilin debitori dhe përfituesi ligjor do ishin pajtuar pa këto marrëdhënie, atëherë ky nen do të zbatohet vetëm për shumën e fundit. , Në këtë rast, pjesa e tepërt e shumës mund të tatohet sipas ligjeve të secilit shtet kontraktues, duke pasur parasysh dispozitat tjera të kësaj Marrëveshje.



## Neni 12

### TANTIEMAT

- (1) Tantiemat që rezultojnë nga një shtet kontraktues dhe përfituesi i tyre ligjor është Person rezident në një shtet tjetër kontraktues mund të taten vetëm në shtetin tjetër.
- (2) Termi "tantiemat" siç përdoret në këtë Nen nënkupton pagesat e çdo lloji të pranuar si shpërblim për përdorimin ose, të drejtën e përdorimit të çdo të drejte autoriale për punime letrare, punë artistike ose shkencore, përfshirë filmat kinematografik, çdo patentë, markë tregtare, skicë ose model, plan, proces ose formulë sekrete, ose për informacione lidhur me eksperiencën industriale, tregtare apo shkencore.
- (3) (Dispozitat e paragrafit 1 nuk do të zbatohen nëse përfitues ligjor si rezident i një Shteti Kontraktues dhe përmes një njësie të përhershme ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues, nga i cili rezultojnë tantiemat dhe të drejtat dhe asetet financiare për të cilat paguhen tantiema i takojnë me të vërtetë kësaj njësie të përhershme. Në këtë rast do të zbatohen dispozitat e nenit 7.
- (4) Në rast se në mes debitorit dhe përfituesit ligjor ose në mes secilit prej tyre dhe një pale të tretë ekzistojnë marrëdhënie të veçanta dhe për këtë arsye tantiemat tejkalon shumën, krahasuar me shërbimin themelor, për të cilin debitori dhe përfituesi ligjor do ishin pajtuar pa këto marrëdhënie, atëherë ky nen do të zbatohet vetëm për shumën e fundit. Në këtë rast, pjesa e tepërt e shumës mund të taten sipas ligjeve të secilit shtet kontraktues, duke pas parasysh dispozitat tjera të kësaj marrëveshjeje.

## Neni 13

### FITIMET NGA TJETËRSIMI I KAPITALIT

- (1) Fitimet e realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga tjetërsimi i pasurisë së paluajtshme të përmendura në nenin 6 dhe të vendosura në Shtetin tjetër Kontraktues, mund të taten në atë Shtet tjetër.
- (2) Fitimet nga tjetërsimi i pasurive të luajtshme, që janë pjesë e pronës e një njësie të përhershme, dhe që një ndërmarrje e një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues, përfshirë edhe fitimet nga tjetërsimi i kësaj njësie të përhershme (si e vetme ose ndërmarrje e tërë), mund të taten në atë Shtet tjetër.
- (3) Fitimet e realizuara nga tjetërsimi i anijeve ose avionëve që veprojnë në trafikun ndërkombëtar dhe i pasurive të luajtshme që i përkasin veprimtarisë së këtyre anijeve apo avionëve mund të taten vetëm në Shtetin Kontraktues në të cilin ndodhet vendi i menaxhimit efektiv i ndërmarrjes.

- (4) Fitimet e realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga tjetërsimi i aksioneve që gjenerohen me më shumë se 50 për qind të vlerës së tyre drejtpërdrejt ose tërthorazi nga pasuria e paluajtshme që gjendet në Shtetin tjetër Kontraktues, mund të taten në atë shtet tjetër.
- (5) Fitimet nga tjetërsimi i çdo prone tjetër nga ato të përmendura në paragrafët 1, 2, 3 dhe 4 do të jenë të tatueshme vetëm në Shtetin Kontraktues, rezident i të cilit është tjetërsuesi.

## **Neni 14**

### **TË ARDHURAT NGA PUNËSIMI**

- (1) Me përjashtim të neneve 15, 17, 18 dhe 19 pagat, mëditjet dhe pagesa tjera të ngjashme që përfitohen nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga punësimi i tij do të tatimohen vetëm në atë Shtet, përveç nëse puna ushtrohet në Shtetin tjetër Kontraktues. Nëse puna ushtrohet në këtë mënyrë, kjo pagesë që përfitohet atje mund të tatimohet në atë Shtetin tjetër.
- (2) Pavarësisht nga dispozitat e paragrafit 1, pagesat e përfituara nga një rezident i një shteti kontraktues, në lidhje me një punë të ushtruar në shtetin tjetër kontraktues, është i tatueshëm vetëm në shtetin e përmendur së pari, nëse:
  - a) përfituesi është i pranishëm në shtetin tjetër për një periudhë që nuk i tejkalon në total 183 ditë, gjatë një viti përkatës fiskal; dhe
  - b) pagesa paguhet nga një punëdhënës ose në emër të një punëdhënësi, i cili nuk është rezident i shtetit tjetër; dhe
  - c) pagesa nuk mbulohet nga një njësi e përhershme, të cilën punëdhënësi ka në shtetin tjetër.
- (3) Pavarësisht nga dispozitat e mësipërme të këtij neni, pagesat e realizuara lidhur me punën e ushtruar në bordin e një anije ose aeroplani që operon në trafikun ndërkombëtar mund të tatimohen në Shtetin Kontraktues në të cilin ndodhet vendi i menaxhimit efektiv i ndërmarrjes.

## **Neni 15**

### **PAGESAT E DREJTORËVE TË BORDEVE TË KOMPANISË**

Pagesat e drejtorëve të bordeve të kompanisë dhe pagesa tjera të ngjashme që përfitohen nga një rezident i një shteti kontraktues në pozitën e tij si anëtar i bordit të kompanisë, dhe që është rezident i Shtetit tjetër kontraktues mund të tatimohen në atë Shtet tjetër.

## Neni 16

### ARTISTËT DHE SPORTISTËT

- (1) Pavarësisht nga dispozitat e nenit 7 dhe 14, të ardhurat që përfitohen nga një rezident i një shteti kontraktues si artist, aktor teatri, filmi, radioje ose televizioni, ose muzicient apo sportist, nga aktivitetet personale, të ushtruara në shtetin tjetër kontraktues, mund të tatimohen në atë shtet tjetër.
- (2) Kur krijohen të ardhura prej aktiviteteve personale, të ushtruara nga një artist ose sportist, në cilësinë e tij, nuk pranohen nga artisti ose sportisti, por nga person tjetër, ato të ardhura, pavarësisht dispozitave të neneve 7 dhe 14, mund të tatimohen në shtetin kontraktues në të cilin ushtrohen aktivitetet e artistit apo sportistit.
- (3) Dispozitat e paragrafëve 1 dhe 2 të këtij neni, nuk vlejné për të ardhurat që artistë apo sportistë kanë krijuar përmes aktiviteteve personale në një shtet kontraktues, nëse qëndrimi i tyre në këtë shtet është i financuar pjesërisht apo plotësisht nga fonde publike, apo autoritete politike ose administrative të këtij shteti, ose nga institucione jofitimprurëse. Në këtë rast, të ardhurat do të tatimohen vetëm në Shtetin Kontraktues në të cilin artisti ose sportisti është rezident.

## Neni 17

### PENSIONET

Me përjashtim të paragrafit 2 të nenit 18, pensionet dhe pagesat tjera të ngjashme të paguara për një rezident të një Shteti Kontraktues për punën e tij të mëhershme, janë të tatueshme vetëm në atë Shtet.

## Neni 18

### SHËRBIMI QEVERTAR

- (1) a) Rrogat, pagat dhe pagesat tjera të ngjashme, që një Shtet Kontraktues ose autoritetet e tija politike apo administrative, ose persona juridik i paguajn një individ, në lidhje me shërbimet e kryera për një Shtet Kontraktues ose autoritetet e tija politike apo administrative, ose persona juridik, janë të tatueshme vetëm në atë shtet.
  - b) Megjithatë, këto rroga, paga dhe shpërblime tjera të ngjashme janë të tatueshme vetëm në shtetin tjetër kontraktues, nëse shërbimet kryhen në atë shtet dhe nëse personi është rezident i atij shteti dhe:
    - (i) që është shtetas i atij shteti; ose
    - (ii) që nuk është bërë rezident i atij shteti vetëm për qëllim të kryerjes së shërbimeve.

- (2) a) Pavarësisht nga dispozitat e paragrafit 1, pensionet dhe pagesat tjera të ngjashme të paguara nga, një shtet kontraktues ose nga një prej autoriteteve të tija politike apo administrative, apo personave juridik, apo prej fondeve investimesh të krijuara nga ky shtet kontraktues ose nga një prej autoriteteve të tija politike apo administrative, apo personave juridik, i paguajnë një individ, në lidhje me shërbimet e kryera për një Shtet Kontraktues ose autoritetet e tija politike apo administrative, ose persona juridik, duhet të taten vetëm në atë Shtet.
- b) Megjithatë, pensionet e tilla dhe pagesat e tjera të ngjashme mund të taten vetëm në Shtetin tjetër Kontraktues nëse personi është rezident dhe shtetas i atij Shteti.
- (3) Dispozitat e neneve 14, 15 dhe 16 zbatohen për rrogat, pagat, pensionet dhe shpërblime tjera të ngjashme në lidhje me shërbimet e kryera nga një shtet kontraktues, ose një prej autoriteteve të tija politike apo administrative, apo personave juridik.

## Neni 19

### STUDENTËT

- (1) Një student, praktikant apo nxënës i cili qëndron në një Shtet Kontraktues vetëm për qëllime studimore ose shkollimi, dhe i cili në shtetin tjetër kontraktues është rezident apo ka qenë rezident pak para hyrjes në shtetin e përmendur në fillim, dhe i cili pranon pagesa që shërbejnë vetëm për akomodim, studim ose trajnim nuk mund të tatimohen në atë Shtet, përderisa të tilla pagesa realizohen prej burimeve jashtë atij Shteti.
- (2) Të ardhurat që një student ose praktikant, nxënësi cili është ose ishte më parë rezident i një Shteti Kontraktues pranon nga një punësim që ai ushtron në Shtetin tjetër Kontraktues për një periudhë që nuk tejkalon gjithsej 183 ditë në vitin fiskal përkatës, nuk duhet të taten në atë Shtet tjetër, nëse punësimi është i lidhur drejtpërdrejt me studimet ose praktikën e tij të kryer në shtetin e përmendur në fillim.

## Neni 20

### TË ARDHURA TË TJERA

- (1) Të ardhurat, e një personi rezident tënjë Shteti Kontraktues, , që nuk janë trajtuar në nenet e mësipërme , janë të tatueshme vetëm në atë shtet, pa marrë parasysh prejardhjen e tyre.
- (2) Dispozitat e paragrafit 1, nuk zbatohen për të ardhurat siç janë të të ardhurat nga pasuria e paluajtshme, siç përcaktohet në paragrafin 2 të nenit 6, nëse pranuesi i këtyre të ardhurave është rezident në një Shtet Kontraktues dhe ushtron biznesin në shtetin tjetër kontraktues nëpërmjet një njësie të përhershme dhe të drejtat dhe asetet

financiare për të cilat paguhet të ardhurat i takojnë me të vërtetë kësaj njësie të përhershme. Në këtë rast, zbatohen dispozitat e nenit 7.

- (3) Të ardhurat që një rezident i një Shteti Kontraktues përfiton nga një Shtet tjetër Kontraktues si rezultat i kërkesës ligjore për mbajtje nuk mund të taten në Shtetin e parë të përmendur, nëse këto të ardhura do të përjashtoheshin nga tatimi sipas ligjeve të Shtetit tjetër Kontraktues.

## Neni 21

### **SHMANGIA E TATIMIT TË DYFISHTË**

Tatimi i dyfishtë do të eliminohet si vijon:

- (1) Në rastin e Austrisë:

- a) Kur një rezident i Austrisë realizon të ardhura të cilat, në përputhje me dispozitat e kësaj Marrëveshje, mund të taten në Kosovë, atëherë Austria do të lejojë një zbritje nga tatimi mbi të ardhurat e atij rezidenti një shumë të barabartë me tatimin e paguar në Kosovë. Kjo zbritje, megjithatë, nuk do tejkalojë atë pjesë të tatimit të Austrisë, të llogaritur para se të bëhet zbritja, që i atribuohet të ardhurave që mund të taten në Kosovë.
- b) Kur një rezident i Austrisë ushtron një aktivitet të qëndrueshëm dhe aktiv në Kosovë, përfiton të ardhura që, në pajtim me dispozitat e nenit 7, mund të taten në Kosovë, Austria duhet pavarësisht nga nën-paragrafi a), të përjashtojë këto të ardhura nga tatimi.
- c) Të ardhurat e një personi rezident në Austri, të cilat përjashtohen nga marrëveshja për tu tatuar në Austri, megjithatë mund të përfshihen për tatim në Austri gjatë përcaktimit të tatimit në të ardhurat e mbetura të këtij rezidenti, marrë parasysh të ardhurat e përjashtuara.
- d) Dispozitat e nënparagrafit b) nuk do të zbatohen për të ardhurat e realizuara nga një rezident i Austrisë, nëse Kosova zbaton dispozitat e kësaj Marrëveshje për të përjashtuar ato të ardhurat nga tatimi ose zbaton dispozitat e paragrafit 2 të nenit 10 ose 11 ndaj këtyre të ardhurave.

- (2) Në rastin e Kosovës:

- a) Kur një rezident i Kosovës realizon të ardhura të cilat, në përputhje me dispozitat e kësaj Marrëveshje, mund të taten në Austri, atëherë Kosova do të lejojë një zbritje nga tatimi mbi të ardhurat e atij rezidenti një shumë të barabartë me tatimin e paguar në Austri. Kjo zbritje, megjithatë, nuk do tejkalojë atë pjesë të tatimit të llogaritur para se të bëhet zbritja, që i atribuohet të ardhurave që mund të taten në Austri.

- b) Të ardhurat e një personi rezident në Kosovë, të cilat përjashtohen nga Marrëveshja për tu tatuar në Kosovë, megjithatë mund të përfshihen për tatim në Kosovë gjatë përcaktimit të tatimit në të ardhurat e mbetura të këtij rezidenti, marrë parasysh të ardhurat e përjashtuara.

## Neni 22

### TRAJTIMI I BARABARTË

- (1) Shtetasit e një shteti kontraktues nuk i nënshtrohen tatimit apo ndonjë kërkesë në lidhje me të në shtetin tjetër kontraktues, që është e ndryshme ose është më e rëndë sesa tatimi dhe kërkesat përkatëse, të cilave u nënshtrohen ose mund t'u nënshtrohen shtetasit e atij shteti tjetër në të njëjtat rrethana, veçanërisht në lidhje me rezidencën. Kjo dispozitë, pavarësisht nga dispozitat e nenit 1, gjithashtu zbatohet për personat që nuk janë banorë të njërit ose të të dy shteteve kontraktuese.
- (2) Personat pa shtetësi të cilët janë banorë të një shteti kontraktues nuk mund ti nënshtrohen në asnjë Shtet Kontraktues ndonjë tatimi ose ndonjë kërkesë lidhur me to, e cila është tjetër ose më e rëndë se tatimi dhe kërkesat përkatëse, të cilave u nënshtrohen ose mund t'u nënshtrohen shtetasit e Shtetit përkatës në të njëjtat rrethana, veçanërisht në lidhje me rezidencën.
- (3) Tatimi i ngarkuar për një njësi të përhershme që një ndërmarrje e një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues, nuk do të jetë më pak i favorshëm në Shtetin tjetër sesa tatimi i ngarkuar mbi ndërmarrjet e atij shteti tjetër që zhvillon të njëjtat aktivitete. Kjo dispozitë nuk do të interpretohet si detyrim i një shteti kontraktues për t'u dhënë banorëve të Shtetit tjetër Kontraktues lehtësime personale, lehtësime dhe zvogëlime për qëllime tatimore për shkak të statusit civil ose përgjegjësiive familjare që i jep banorëve të vet.
- (4) Përveç rasteve kur zbatohen dispozitat e paragrafit 1 të nenit 9, të paragrafit 6 të nenit 11 ose të paragrafit 4 të nenit 12, interesi, tantiemat dhe disbursime të tjera, të paguara nga një ndërmarrje e një shteti kontraktues ndaj një rezidenti të shtetit tjetër kontraktues, për qëllim të përcaktimit të fitimeve të tatueshme të kësaj ndërmarrjeje, do të jenë të zbritshme sipas të njëjtave kushte sikur t'i ishin paguar një rezidenti të shtetit të përmendur së pari.
- (5) Ndërmarrjet e një shteti kontraktues, kapitali i të cilave është në pronësi ose zotërohet tërësisht ose pjesërisht, në mënyrë të drejtpërdrejtë apo të tërthortë nga një ose më shumë banorë të shtetit tjetër kontraktues, nuk i nënshtrohet asnjë tatimi ose kërkesë në lidhje me të në shtetin e përmendur së pari, që është e ndryshme ose më e rëndë se tatimi dhe kërkesat përkatëse, të cilave u nënshtrohen ose mund t'u nënshtrohen ndërmarrjet të tjera të ngjashme të shtetit të përmendur së pari.
- (6) Dispozitat e këtij neni, pavarësisht nga dispozitat e nenit 2, zbatohen për tatimet e çdo lloji dhe përshkrimi.

## Neni 23

### PROCEDURA E MARRËVESHJES RECIPROKE

- (1) Kur një person konsideron se veprimet e një ose të dy shteteve kontraktuese rezultojnë ose do të rezultojnë për të në tatim në mospajtim me dispozitat e kësaj marrëveshjeje, pavarësisht nga mënyrat e ankimit të parashikuara nga legjislacioni i brendshëm i atyre shteteve, ai pa u dëmtuar mund t'ia paraqesë çështjen e tij autoritetit kompetent të shtetit kontraktues në të cilin është rezident ose, nëse çështja e tij trajtohet në paragrafin 1 të nenit 22 të shtetit kontraktues në të cilin është shtetas. Çështja duhet të paraqitet brenda tre vjetësh nga njoftimi i parë i veprimit që rezulton në tatimin në mospajtim me dispozitat e marrëveshjes.
- (2) Autoriteti kompetent, nëse i duket se kundërshtimi është i bazuar dhe nëse nuk është vetë në gjendje për të arritur një zgjidhje të pranueshme, duhet të përpiqet të zgjidhë çështjen me anë të marrëveshjes reciproke me autoritetin kompetent të shtetit tjetër kontraktues, me qëllim shmangien e tatimit që nuk është në pajtim me këtë marrëveshje. Çdo marrëveshje e arritur zbatohet pavarësisht afateve kohore ose kufizimeve të tjera procedurale në ligjin e brendshëm të shteteve kontraktuese.
- (3) Autoritetet kompetente të shteteve kontraktuese përpiqen të zgjidhin me anë të marrëveshjes reciproke çdo vështirësi ose dyshim që lind në lidhje me interpretimin ose zbatimin e kësaj marrëveshjeje. Ata, gjithashtu, mund të konsultohen së bashku për shmangien e tatimit të dyfishtë, në rastet të cilat nuk janë parashikuar në marrëveshje.
- (4) Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese mund të komunikojnë me njëri-tjetrin në mënyrë të drejtpërdrejtë ose përmes një komisioni i cili përbëhet prej tyre ose përfaqësuesve të tyre, për qëllim të arritjes së një marrëveshjeje, në kuptimin e paragrafëve të mësipërm.
- (5) Nëse,
  - a) Në bazë të paragrafit 1, një person ka paraqitur një çështje tek autoriteti kompetent i shtetit kontraktues për shkak se veprimet e një ose të dy shteteve kontraktuese kanë rezultuar për atë person në tatim në kundërshtim me dispozitat e kësaj marrëveshjeje, dhe
  - b) Autoritetet kompetente nuk janë në gjendje të arrijnë një marrëveshje për të zgjidhur çështjen në pajtim me paragrafin 2, brenda dy vjetëve, nga paraqitja e çështjes tek autoriteti kompetent i shtetit tjetër kontraktues,

Çdo problem i pazgjidhur që rrjedh nga çështja, paraqitet në arbitrazh, nëse personi e kërkon këtë. Megjithatë, këto probleme të pazgjidhura nuk paraqiten në arbitrazh nëse për to është dhënë një vendim nga një gjykatë ose organ administrativ i një shteti. Përveç kur personi i interesuar drejtpërdrejt në çështje nuk e pranon marrëveshjen e ndërsjellë që zbaton vendimin e arbitrazhit, ai vendim është detyrues për të dyja shtetet kontraktuese dhe zbatohet pavarësisht afateve kohore në ligjet e brendshme të këtyre shteteve. Autoritetet kompetente

të shteteve kontraktuese, me marrëveshje reciproke, zgjidhin mënyrën e zbatimit të këtij paragrafi.

## Neni 24

### SHKËMBIMI I INFORMACIONIT

- (1) Autoritetet kompetente të shteteve kontraktuese shkëmbejnë atë informacion, që mendohet të jetë i nevojshëm për zbatimin e dispozitave të kësaj marrëveshjeje ose për administrimin, ose zbatimin e ligjeve të brendshme të shteteve kontraktuese, në lidhje me tatimet e çdo lloji dhe përshkrimin e caktuar në emër të shteteve kontraktuese, ose të nënndarjeve të tyre politike, ose autoriteteve lokale, në masën që tatimi sipas tyre nuk është në kundërshtim me këtë marrëveshje. Shkëmbimi i informacionit nuk kufizohet nga nenet 1 dhe 2.
- (2) Çdo informacion i marrë sipas paragrafit 1 nga një shtet kontraktues, trajtohet si i fshehtë në të njëjtën mënyrë si informacion i përfituar sipas ligjeve të brendshme të atij shteti dhe u deklarohet vetëm personave ose autoriteteve (duke përfshirë gjykatat dhe organet administrative), që merren me vlerësimin ose mbledhjen, zbatimin ose procedimin në lidhje me ose përcaktimin e ankimeve në lidhje me tatimet e përmendura në paragrafin 1, ose mbikëqyrjen e sa më sipër. Këta persona dhe këto autoritete e përdorin informacionin vetëm për këto qëllime. Ata mund ta deklarojnë informacionin në procedime gjyqësore me dyer të hapura ose në vendime gjyqësore. Edhe në një rast të tillë konfidencialiteti mbi të dhënat personale mund të thyhet vetëm nëse është e nevojshme ruajtja e interesave të një pale tjetër ose të interesave publike. Pavarësisht sa më sipër, informacioni i marrë nga një shtet kontraktues mund të përdoret për qëllime të tjera nëse ky informacion mund të përdoret për qëllime të tjera sipas ligjeve të të dyja shteteve dhe autoriteti kompetent i shtetit zbatues e autorizon këtë përdorim.
- (3) Në asnjë rast, dispozitat e paragrafit 1 dhe 2, nuk interpretohen sikur vendosin mbi një shtet kontraktues detyrimin,
  - a) për të realizuar masa administrative në mospajtim me ligjet dhe praktikën administrative të tij ose të shtetit tjetër kontraktues;
  - b) të japin informacion që nuk është i përfitueshëm sipas ligjeve ose në punën normale të administrimit në atë ose shtetin tjetër kontraktues;
  - c) të japin informacion që do të zbulonte çdo sekret tregtar, biznesi, industrial ose profesional, ose proces tregtar apo informacion, zbulimi i të cilit do të ishte në kundërshtim me politikën publike dhe në veçanti me mbrojtjen e të dhënave.
- (4) Nëse informacioni kërkohet nga një shtet kontraktues në pajtim me këtë nen, shteti tjetër kontraktues përdor masat e tij për mbledhjen e informacionit për të marrë informacionin e kërkuar, megjithëse atij shteti tjetër mund të mos i duhet ky informacion për qëllimet e tij tatimore. Detyrimi që gjendet në fjalinë e mësipërme i nënshtrohet kufizimeve të paragrafit 3, por në asnjë rast këto kufizime nuk



interpretohen sikur lejojnë një shtet kontraktues të refuzojë dhënien e informacionit thjesht pasi nuk ka interes të brendshëm për këtë informacion.

- (5) Në asnjë rast dispozitat e paragrafit 3 nuk interpretohen sikur lejojnë një shtet kontraktues të refuzojë dhënien e informacionit vetëm pasi informacioni mbahet nga një bankë, institucion tjetër financiar, i emëruar, ose person që vepron në një agjenci, ose cilësi mirëbesimi, ose pasi ka të bëjë me interesa pronësie të një personi.

## Neni 25

### **ANËTARËT E MISIONEVE DIPLOMATIKE DHE ZYRAVE KONSULLORE**

Asgjë në këtë marrëveshje nuk cenon privilegjet fiskale të anëtarëve të misioneve diplomatike ose zyrave konsullore sipas rregullave të përgjithshme të së drejtës ndërkombëtare ose sipas dispozitave të marrëveshjeve të veçanta.

## Neni 26

### **PARANDALIMI I KEQPËRDORIMIT TË MARRËVESHJES**

Pavarësisht nga dispozitat e tjera të kësaj Marrëveshje, një përfitim sipas kësaj Marrëveshje nuk do të jepet në lidhje me një zë të të ardhurave nëse është e arsyeshme të konkludohet, duke pasur parasysh të gjitha faktet dhe rrethanat relevante, që marrja e atij përfitimi ishte një nga qëllimet kryesore të cilësdo marrëveshjeje ose transaksioni që ka rezultuar drejtpërdrejt ose tërthorazi në atë përfitim, përveç nëse vërtetohet se dhënia e këtij përfitimi në këto rrethana do të ishte në përputhje me objektin dhe qëllimin e dispozitave përkatëse të kësaj Marrëveshje.

## Neni 27

### **HYRJA NË FUQI**

- (1) Secili prej Shteteve Kontraktuese do të njoftojë tjetrin, për përfundimin e procedurave të kërkuara në legjislacionin e tyre për hyrjen në fuqi të kësaj Marrëveshjeje. Kjo Marrëveshje do të hyjë në fuqi në datën e pranimit të njoftimit të fundit.
- (2) Dispozitat e kësaj Marrëveshje do të kenë efekt:
- në lidhje me të ardhurat e mbajtura në burim ose të ardhurat mbi to në ose pas datës 1 janar të vitit kalendarik menjëherë pas vitit në të cilin kjo marrëveshje hyn në fuqi, dhe
  - në lidhje tatimet, për tatimet e ngarkuara për çdo viti tatimor që fillon nga ose pas datës 1 janar të vitit kalendarik menjëherë pas vitit në të cilin kjo marrëveshje hyn në fuqi

**Neni 28**  
**NDËRPRERJA**

- (1) Kjo marrëveshje mbetet në fuqi deri sa të prishet nga një prej shteteve kontraktuese. Secili shtet kontraktues mund ta prishë këtë marrëveshje, nëpërmjet kanaleve diplomatike, duke bërë njoftim për prishjen të paktën gjashtë muaj para fundit të çdo viti kalendarik, që fillon pas skadimit të një periudhe pesëvjeçare nga data e hyrjes në fuqi të kësaj marrëveshjeje.
- (2) Në një rast të tillë, marrëveshja pushon së qeni në fuqi:
- a) në lidhje me tatimet e mbajtura në burim përkitazi me shumatat e paguara ose të kredituara pas përfundimit të vitit kalendarik në të cilin është dhënë njoftimi i tillë, dhe
  - b) në lidhje me tatimet e tjera përkitazi me vitet e tatueshme që fillojnë pas përfundimit të vitit kalendarik në të cilin është dhënë njoftimi i tillë.

NË DËSHMI TË KËSAJ nënshkruesit, të autorizuar sipas rregullit, kanë nënshkruar këtë Marrëveshje.

BËRË në dy kopje në Vjenë, këtë ditë 8 qërshor 2018, në gjuhën gjermane, shqipe dhe angleze, të gjitha tekstet janë njëlloj autentike. Në rast divergjencash në interpretim, do të mbizotëroj teksti në gjuhën angleze.

**Për Republikën e Austrisë:**

Hartwig Löger

**Për Republikën e Kosovës:**

Bedri Hamza

## PROTOKOLLI

Në momentin e nënshkrimit të Marrëveshjes për eliminimin e tatimit të dyfishtë në lidhje me tatimet mbi të ardhurat dhe parandalimin e evazionit fiskal dhe shmangies, të nënshkruar sot në mes të Republikës së Austrisë dhe Republikës së Kosovës, nënshkruesit janë pajtuar që dispozitat e mëposhtme do të përbëjnë një pjesë integrale të Marrëveshjes.

### 1. Referuar paragrafit 3 të nenit 5:

Është e kuptueshme që një vend ndërtimi, një projekt ndërtimi, montimi ose aktivitete mbikëqyrëse në lidhje me to sipas nënparagrafit a) nuk mund të përbëjnë një njësi të përhershme sipas nënparagrafit b).

### 2. Referuar paragrafit 2 të nenit 11:

Për sa kohë që në çdo Marrëveshje apo Konventë ndërmjet Kosovës dhe një shteti të tretë, tatimi mbi interesin që krijohet në Kosovë është i përjashtuar apo taten në një normë më të ulët, ky përjashtim ose normë më e ulët do të aplikohen automatikisht.

### 3. Referuar paragrafit 3 të nenit 16:

Kuptohet që paragrafi 3 zbatohet edhe për personat juridikë që zhvillojnë orkestra, teatro, grupe baleti, si dhe për anëtarët e subjekteve të tilla kulturore, nëse subjektet e tilla juridike janë në thelb subjekte jofitimprurëse në afat të gjatë dhe nëse kjo është e vërtetuar nga autoriteti kompetent i shtetit të banimit.

### 4. Referuar paragrafit 3 të nenit 20:

- a) Për qëllimet e paragrafit 3, pagesa e tillë përfshin gjithashtu pagesat për dëmet që rezultojnë nga krimet, vaksinat ose arsyet e ngjashme.
- b) Të ardhurat e përmendura në këtë paragraf nuk do të merren parasysh gjatë zbatimit të përjashtimit me metodën e progresit.

### 5. Referuar Nenit 24:

i. Autoriteti kompetent i shtetit kërkues do t'i japë këto informata autoritetit kompetent të shtetit të kërkuar kur bën një kërkesë për informacion sipas Marrëveshjes për të demonstruar relevancën e parashikueshme të informacionit në kërkesë:

- (a) identitetin e personit në shqyrtim ose hetim;
- (b) një deklaratë të informacionit të kërkuar duke përfshirë natyrën e tij dhe formën në të cilën shteti kërkues dëshiron të marrë informacionin nga shteti i kërkuar;
- (c) qëllimin tatimor për të cilin kërkohet informacioni;
- (d) arsyet për të besuar se informacioni i kërkuar është i mbajtur në shtetin e kërkuar ose është në posedim ose kontroll të një personi brenda juridiksionit të shtetit të kërkuar;
- (e) deri në masën e njohur, emrin dhe adresën e çdo personi që besohet të jetë në zotërim të informacionit të kërkuar;

(f) një deklaratë që shteti kërkues ka ndjekur të gjitha mjetet në dispozicion në territorin e vet për të marrë informacionin, përveç atyre që do të shkaktonin vështirësi disproporcionale.

ii. Kuptohet që shkëmbimi i informacionit të parashikuar në nenin 24 nuk përfshin masat që përbëjnë "ekspedita të peshkimit".

#### 6. Interpretimi i Marrëveshjes:

Kuptohet që dispozitat e Marrëveshjes të cilat janë hartuar sipas dispozitave përkatëse të Marrëveshjes Model të OECD-së për të Ardhurat në përgjithësi pritet të kenë të njëjtin kuptim siç shprehet në Komentarin e OECD-së. Të kuptuarit e fjalisë së mësipërme nuk do të zbatohet në lidhje me sa vijon:

- a) çdo rezervë ose vëzhgim të modelit të OECD-së ose komenteve të tij nga cilido Shtet Kontraktues;
- b) çdo interpretim të kundërt në këtë Protokoll;
- c) çdo interpretim të kundërt në një shpjegim të publikuar nga njëri prej Shteteve Kontraktuese që i është dhënë autoritetit kompetent të Shtetit tjetër Kontraktues përpara hyrjes në fuqi të Marrëveshjes;
- d) çdo interpretim të kundërt, i miratuar nga autoritetet kompetente pas hyrjes në fuqi të Marrëveshjes.

Komentari i OECD - siç mund të rishikohet herë pas here - përbën një mjet interpretimi në kuptim të Konventës së Vjenës të 23 majit 1969 mbi të Drejtën e Traktateve.

NË DËSHMI TË KËSAJ nënshkruesit, të autorizuar sipas rregullit, kanë nënshkruar këtë Protokoll.

BËRË në dy kopje në Vjenë, këtë ditë 8 qershor 2018, në gjuhën gjermane, shqipe dhe angleze, të gjitha tekstet janë njëjloj autentike. Në rast divergjencash në interpretim, do të mbizotëroj teksti në gjuhën angleze.

**Për Republikën e Austrisë:**

Hartwig Löger

**Për Republikën e Kosovës:**

Bedri Hamza

**CONVENTION**

**BETWEEN**

**THE REPUBLIC OF AUSTRIA**

**AND**

**THE REPUBLIC OF KOSOVO**

**FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES  
ON INCOME AND THE PREVENTION OF TAX EVASION AND AVOIDANCE**

The Republic of Austria and the Republic of Kosovo,

Desiring to further develop their economic relationship and to enhance their co-operation in tax matters,

Intending to conclude a Convention for the elimination of double taxation with respect to taxes on income without creating opportunities for non-taxation or reduced taxation through tax evasion or avoidance (including through treaty-shopping arrangements aimed at obtaining reliefs provided in this Convention for the indirect benefit of residents of third States)

Have agreed as follows:

## Article 1

### **PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

## Article 2

### **TAXES COVERED**

(1) This Convention shall apply to taxes on income imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income all taxes imposed on total income, or on elements of income, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i. the income tax;
- ii. the corporation tax;  
(herein after referred to as "Austrian tax")

b) in Kosovo:

- i. the personal income tax;
- ii. the corporate income tax.  
(herein after referred to as "Kosovo tax").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

### Article 3

#### GENERAL DEFINITIONS

- (1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
- a) the term “Austria” means the Republic of Austria;
  - b) the term “Kosovo” means the Republic of Kosovo, including all the land territory, over which it has jurisdiction or sovereign rights for the purpose of exploration, exploitation, and conservation of natural resources pursuant to international law;
  - c) the terms “a (Contracting) State” and “the other (Contracting) State” mean Austria or Kosovo as the context requires;
  - d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
  - e) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
  - f) the term “enterprise” applies to the carrying on of any business;
  - g) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
  - h) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
  - i) the term “competent authority” means:
    - (i) in respect of Austria: the Federal Minister of Finance or his/her authorised representative;
    - (ii) in respect of Kosovo: the Minister of Finance or his/her authorised representative;
  - j) the term “national”, in relation to a Contracting State, means:
    - (i) any individual possessing the nationality or citizenship of that Contracting State; and
    - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in that Contracting State;
  - k) the term “business” includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

#### **Article 4**

#### **RESIDENT**

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.



## Article 5

### **PERMANENT ESTABLISHMENT**

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) The term “permanent establishment” also encompasses:

a) A building site, a construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith, but only if they last for more than twelve months.

b) the furnishing of services, including consultancy services, by an enterprise through employees or other personnel engaged by the enterprise for such purpose, but only if activities of that nature continue (for the same or a connected project) within a Contracting State for a period or periods aggregating more than 183 days in any 12-month period commencing or ending in the fiscal year concerned.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e),

provided that such activity or, in the case of sub-paragraph f), the overall activity of the fixed place of business, is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## **Article 6**

### **INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

## Article 7

### **BUSINESS PROFITS**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) This Article shall also apply to income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

## Article 8

### **SHIPPING AND AIR TRANSPORT**

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

## Article 9

### **ASSOCIATED ENTERPRISES**

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10

### DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) a) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.

b) If the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends, such dividends shall be taxable only in the Contracting State of which the beneficial owner of the dividends is a resident.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations. This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## **Article 11**

### **INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, interest arising in a Contracting State may also be taxed in that State according to the law of that State, but if the beneficial owner of the interest is the resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of the application of this limitation.

(3) The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

## **Article 12**

### **ROYALTIES**

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

## **Article 13**

### **CAPITAL GAINS**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares deriving more than 50 per cent of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(5) Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3 and 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

## **Article 14**

### **INCOME FROM EMPLOYMENT**

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

## **Article 15**

### **DIRECTORS' FEES**

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.



## **Article 16**

### **ENTERTAINERS AND SPORTSPERSONS**

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsperson, from that resident's personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsperson acting as such accrues not to the entertainer or sportsperson but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsperson are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by entertainers or sportspersons if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

## **Article 17**

### **PENSIONS**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

## **Article 18**

### **GOVERNMENT SERVICE**

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration paid by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- (i) is a national of that State; or
  - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) a) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions and other similar remuneration paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.

b) However, such pensions and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 14, 15, 16 and 17 shall apply to salaries, wages, pensions and other similar remuneration in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof.

## **Article 19**

### **STUDENTS**

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

## **Article 20**

### **OTHER INCOME**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(3) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

## Article 21

### ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In the case of Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Kosovo, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Kosovo. Such deduction shall not, however, exceed that part of the Austrian income tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income which may be taxed in Kosovo.
- b) Where a resident of Austria who is engaged in substantive active business operations in Kosovo, derives income which, in accordance with the provisions of Article 7, may be taxed in Kosovo, Austria shall notwithstanding sub-paragraph a), exempt such income from tax.
- c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.
- d) The provisions of sub-paragraph b) shall not apply to income derived by a resident of Austria where Kosovo applies the provisions of this Convention to exempt such income from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10 or 11 to such income.

(2) In the case of Kosovo:

- a) Where a resident of Kosovo derives income which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Kosovo shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria. Such deduction shall not, however, exceed that part of the Kosovo income tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income which may be taxed in Austria.
- b) Where, in accordance with any provision of this Convention, income derived by a resident of Kosovo is exempt from tax in Kosovo, Kosovo may nevertheless, in

calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.

## Article 22

### **NON-DISCRIMINATION**

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 6 of Article 11, or paragraph 4 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

## Article 23

### MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 22 to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) Where,

- a) under paragraph 1, a person has presented a case to the competent authority of a Contracting State on the basis that the actions of one or both of the Contracting States have resulted for that person in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, and
- b) the competent authorities are unable to reach an agreement to resolve that case pursuant to paragraph 2 within two years from the presentation of the case to the competent authority of the other Contracting State,

any unresolved issues arising from the case shall be submitted to arbitration if the person so requests. These unresolved issues shall not, however, be submitted to arbitration if a decision on these issues has already been rendered by a court or administrative tribunal of either State. Unless a person directly affected by the case does not accept the mutual agreement that implements the arbitration decision, that decision shall be binding on both Contracting States and shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic laws of these States. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this paragraph.

## Article 24

### EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only insofar as this is necessary to safeguard predominantly legitimate interests of another person or predominantly public interests. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

3. In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other

financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

## **Article 25**

### **MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

## **Article 26**

### **PREVENTION OF TREATY ABUSE**

Notwithstanding the other provisions of this Convention, a benefit under this Convention shall not be granted in respect of an item of income if it is reasonable to conclude, having regard to all relevant facts and circumstances, that obtaining that benefit was one of the principal purposes of any arrangement or transaction that resulted directly or indirectly in that benefit, unless it is established that granting that benefit in these circumstances would be in accordance with the object and purpose of the relevant provisions of this Convention.

## **Article 27**

### **ENTRY INTO FORCE**

(1) Each Contracting State shall notify the other Contracting State of the completion of the procedures required by its law for the entering into force of this Convention. This Convention shall enter into force on the date of the receipt of the latter notification.

(2) The provisions of this Convention shall have effect:

- a) with regard to taxes withheld at the source in respect of amounts paid or credited on or after the first day of January following the date upon which this Convention enters into force; and
- b) with regard to other taxes, in respect of taxable years beginning on or after the first day of January following the date upon which this Convention enters into force.

**Article 28****TERMINATION**

(1) This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination at least six months before the end of a calendar year beginning after the fifth year from the date of entry into force of the Convention.

(2) In such event, the Convention shall cease to have effect:

- a) with regard to taxes withheld at the source, in respect of amounts paid or credited after the end of the calendar year in which such notice is given; and
- b) with regard to other taxes in respect of taxable years beginning after the end of the calendar year in which such notice is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Vienna, this day of 8 June 2018 in the German, Albanian and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

**FOR THE REPUBLIC  
OF AUSTRIA:**

Hartwig Löger

**FOR THE REPUBLIC  
OF KOSOVO:**

Bedri Hamza



## PROTOCOL

At the moment of signing the Convention for the elimination of double taxation with respect to taxes on income and the prevention of tax evasion and avoidance, this day concluded between the Republic of Austria and the Republic of Kosovo, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

1. With reference to paragraph 3 of Article 5:

It is understood that a building site, a construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith according to sub-paragraph a) cannot constitute a permanent establishment according to sub-paragraph b).

2. With reference to paragraph 2 of Article 11:

As long as in any Agreement or Convention between Kosovo and a third state, tax on interest arising in Kosovo is exempt or taxed at a lower rate, this exemption or lower rate shall be applied automatically.

3. With reference to paragraph 3 of Article 16:

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities are substantially non-profit entities in the long term and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

4. With reference to paragraph 3 of Article 20:

- a) For the purposes of paragraph 3 such remuneration shall also include remuneration for damage resulting from crimes, vaccinations or similar reasons.
- b) The income mentioned in this paragraph shall not be taken into consideration when applying the exemption with progression method.

5. With reference to Article 24:

i. The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- (c) the tax purpose for which the information is sought;
- (d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;

(e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;

(f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

ii. It is understood that the exchange of information provided in Article 24 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.

#### 6. Interpretation of the Convention:

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD-Model Convention on Income shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretations in this Protocol;
- c) any contrary interpretation in a published explanation by one of the Contracting States that has been provided to the competent authority of the other Contracting State prior to the entry into force of the Convention;
- d) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The OECD Commentary – as it may be revised from time to time – constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna, this day of 8 June 2018 in the German, Albanian and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

**FOR THE REPUBLIC  
OF AUSTRIA:**

Hartwig Löger

**FOR THE REPUBLIC  
OF KOSOVO:**

Bedri Hamza